

Herbert Werner Quandt

(* 22. Juni 1910 in Pritzwalk, Landkreis Prignitz; † 2. Juni 1982 in Kiel)

Inhalt

- 1) [Aufstieg in der Quandt-Gruppe](#)
- 2) [Vermögen](#)
- 3) [Aufgaben in der Quandt-Gruppe](#)
- 4) [Expansion im Krieg](#)
- 5) [Zwangsarbeit](#)
 - [AFA Hannover -Stöcken](#)
 - [AFA in Hagen](#)
 - [AFA und Pertrix in Berlin](#)
 - [DWM-Rüstungsbetriebe](#)
 - [Eroberte Gebiete](#)
 - [Zusammenfassung Zwangsarbeit](#)
- 6) [Kriegsende](#)
- 7) [Herbert Quandts Anteil an NS-Wirtschaftsverbrechen, Mitgliedschaft in NS-Organisationen](#)
- 8) [Entnazifizierung und Behandlung der „Sache Quandt“ durch die Alliierten](#)

1) Aufstieg in der Quandt-Gruppe ←

Herbert wurde zusammen mit seinem älteren Bruder Hellmut am Arndt-Gymnasium in Berlin-Dahlem eingeschult, beide wohnten im Internat „Schülerheim Dahlem“. Herbert erhielt ab 1920 Einzelunterricht, da seine Netz-Aderhaut- und Sehnervenerkrankung einen normalen Schulbesuch unmöglich gemacht hatte. Das Gymnasium musste er 1921 verlassen¹, danach erhielt er Privatunterricht durch eine Privatlehrer. Sein Vater Günther erwarb im November 1921 das Landgut Severin nördlich von Parchim, da Herberts behandelnder Arzt der Ansicht war, dass aufgrund seines Augenleiden seine berufliche Zukunft eher in der Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebes lag. Herberts Einnahme aus dem Betrieb betragen während des Zweiten Weltkrieges 120 000 – 160 000 RM.²

Nach dem Tod seines Bruders Hellmut 1927 war Herbert der klare Favorit für die Nachfolge seines Vaters in der Unternehmensgruppe. Nach seinem Abschlussexamen lernte er in England bei der AFA-Tochter Britannia Batteries Ltd. die Akkumulatorenbranche kennen und verbesserte seine Sprachkenntnisse.³ 1930 verlobte sich Herbert mit der 1913 geborenen Ursula Münstermann. Vom Oktober 1930 bis Ende Januar 1931 hielt er sich in Frankreich auf. Daran an schloss sich eine Weltreise mit seinem Vater, der dabei auch prüfen wollte, ob sein Sohn sich auf internationalem Parkett sicher bewegte.

¹ Joachim Scholtyseck, Der Aufstieg der Quandts. Eine deutsche Unternehmersdynastie, München 2011, S. 209.

² Ebd., S. 211.

³ Ebd.. 214.

Ab dem 1. August 1931 bis zum Frühjahr 1932 arbeitete sich Herbert bei der AFA ein. Dort lernte er die technischen Zusammenhänge des Akkumulatorenbaus kennen. Ab Anfang April 1932 arbeitete Herbert erneut in der Herstellung und der kaufmännischen Abteilung der Britannia Batteries Ltd. Ab August war er Werkstattpraktikant bei der Electric Storage Battery Co. (ESB) in Philadelphia. Im Werk Florival der Tudor in Brüssel setzte er ab dem 1. Februar 1933 seine Ausbildung fort. Dieser praktische Teil wurde durch den Besuch der Rackow-Handelsschule komplettiert. Ab November 1933 durchlief er eine vierjährige kaufmännische Vorbereitung, deren Stationen u.a. die AFA-Werke in Ober- und Niederschöneweide sowie die AFA-Hauptverwaltung in Berlin waren.⁴

Am 21. Oktober 1933 heiratete er seine Verlobte, das Paar wohnte in einer Villa in der Kaiserstraße 1 in Neubabelsberg. Im April 1937 wurde die gemeinsame Tochter Silvia geboren, das Ehepaar trennte sich aber bereits 1940.⁵

In Konkurrenz zu dem Juristen Horst Pavel, dem aufgehenden Stern bei der AFA seit dem Ende der 1930er Jahre und engstem Mitarbeiter Günther Quandts, fand Herbert Quandt langsam seine Stellung in der Unternehmensgruppe. Zwar hatte er als Sohn einige Sicherheit über den Antritt der Nachfolge seines Vaters, dieser zwang ihm aber mit Pavel einen „Wettbewerber“ auf.⁶

Die Quandt Gruppe stand mit dem AFA- und dem DWM-Zweig auf zwei zentralen Säulen, die in zunehmendem Maß in der Wiederaufrüstung des Deutschen Reiches engagiert waren. In der NS-Wochenzeitung *Das Reich* heißt es 1941: „Militärtuch, Akkumulatoren, Trockenbatterien, Schusswaffen, Munition, Leichtmetall – wer das alles herstellt, heißt mit Recht Wehrwirtschaftsführer“.

Die bedeutendsten Töchter der DWM waren die Dürener Metallwerke, die Mauser-Werke, die Maschinen für Massenverpackung GmbH (MfM) und die Henry Pels/Berlin Erfurter Maschinenfabrik GmbH (BEM), die 1937 durch „Arisierung“ an Quandt fiel. Die wichtigsten AFA-Beteiligungen lagen bei der DEAC, der Pertrix, der Concordia und der Dominitwerke. Diese Töchter erwarben ebenfalls eigene Töchter, z.B. die Pertrix seit Mitte der 1920er Jahre die Trockenbatteriefabriken Primafa und Titania.⁷

2) Vermögen ←

1939 bekam Herbert Quandt für Anteile seines Bruders an den Draeger-Werken GmbH 25 000 Agfi-Aktien von Harald Quandt, sein Anteil betrug damit nominell 267 000 RM.⁸ Damit verfolgte Günther Quandt das Ziel, die Beteiligung Herberts auf die Aktiengesellschaft für Industriebeteiligungen (Agfi) zu konzentrieren.⁹ Die Hauptversammlung der Agfi beschloss am 7. September 1943, das Grundkapital von nominell 536 000 RM auf 22. Mill RM zu erhöhen, von dem nach einer Vermögensaufstellung von 1947 die Hälfte Herbert Quandt gehörte.¹⁰ Nach dem

⁴ Ebd., S. S. 216 ff.

⁵ Ebd. S. 218.

⁶ Ebd. 219 ff.

⁷ Ebd., S. 171.

⁸ Ebd., S. 164.

⁹ Ebd. S. 165

¹⁰ Ebd., S. 166. Sein Dividendenanteil betrug fortan jährlich 200 000 RM. (Ebd., S. 835)

Krieg kam es zu einer Umschichtung des Familienvermögens: Agfi und Draeger-Werke hielten 1950 zusammen mehr als 60% aller AFA-Aktien. Ende 1950 besaß Herbert Quandt 49,81% dieser Aktien (Vermögenswert der Agfi 28,19 Mill. DM). 1951 übertrug Günther Quandt seinen Anteil auf seine Söhne, die nun beide je 50% (11. Mill. DM) der Gesellschaft besaßen. Ende 1951 erhielt Herbert bei der Agfi einen Vorstandssitz.¹¹ Im Juni 1951 übertrug Günther Quandt seine Geschäftsanteile an den Draeger-Werken an seine Söhne, die nun beide je 25% Gesellschaftsbeteiligung besaßen. Langfristig aber sollte der Bereich der Agfi Herbert, die Draeger-Werke eher Harald zugeordnet werden. Nach Ausscheiden Werner Quandts (Günthers Bruder) aus der Draeger-Gesellschaft besaßen Harald und Herbert nach Übertragung der Anteile je 50% des Stammkapitals (entsprach Geschäftsanteilen von je 8,2 Mill. DM).

Im März 1954 befanden sich im Tresor der AFA nominell 34 Mill. DM Aktien im Besitz der Agfi sowie etwa 8,6 Mill. AFA-Aktien Werners und seiner Kinder.¹² Die industriellen Interessen wurden noch vor dem Tod Günther Quandts zwischen den Brüdern Harald und Herbert geteilt: Herbert übernahm die Führung des Batteriebetriebs mit der AFA, die Verantwortung für die Finanzbeteiligung bei der Wintershall AG und die übrig gebliebene Textilsparte mit der Kammgarnspinnerei Stöhr.

3) Aufgaben in der Quandt-Gruppe ←

Herbert Quandts Führungsaufgaben bei der Quandt-Gruppe und insbesondere bei der Pertix umfassten auch die Mitarbeit bei den AFA-Tochtergesellschaften in Wien, Prag und Stockholm. Zum 1. Mai 1937 wurde Herbert zum Prokuristen mit dem Titel „Direktor“ bei der Pertrix ernannt, im November 1937 wurde er durch die Wirtschaftskommission der AFA zum stellv. Vorstandsmitglied der Pertrix berufen. Nach seiner Bewährung bei Pertrix wurde Herbert am 1. April 1940 in den Vorstand der Muttergesellschaft AFA berufen. Dort war er dann für die Bereiche Personal und Werbung zuständig und arbeitete sich in den Bereich der ausländischen Tochter- und Freundgesellschaften ein.¹³ Er war Personalverantwortlicher bei der Pertix und ab 1944 verantwortlich für die Gesamtleitung der AFA Oberschöneweide.

1940 wurde Herbert Quandt in den Aufsichtsrat der AFA berufen. Ab dem Sommer 1944 war Herbert Quandt stellv. Aufsichtsratsvorsitzender bei der DWM¹⁴, im selben Jahr wurde er im Wirtschaftsausschuss des BKI/DWM platziert, der vom Aufsichtsrat eingesetzt wurde,¹⁵ ein Gremium zum Treffen grundsätzlicher Unternehmensentscheidungen. In den Aufsichtsrat der Dürener Metallwerke wurde Herbert am 7. Juni 1939 „einstimmig, durch Zuruf gewählt“¹⁶, 1943 wurde er zudem dort zweiter stellv. Aufsichtsratsvorsitzender.¹⁷

¹¹ Ebd. S. 168.

¹² Ebd., S. 169. Bei der Testamentseröffnung am 13. Januar 1955 betrug das Aktienvermögen Günther Quandts 41 717 944 DM, das Gesamtvermögen wurde mit exakt 55 495 594,86 DM angegeben.

¹³ Ebd., S. 311 f.

¹⁴ Ebd., S. 305.

¹⁵ Ebd. 206.

¹⁶ Ebd., S. 308.

¹⁷ Ebd. S. 305

4) Expansion im Krieg ←

Im Gefolge der Wehrmacht und der kriegsbedingten Ausdehnung des „Großdeutschen Reiches“ suchte auch die Quandt-Gruppe ihren Vorteil: Es kam zu einer Vielzahl von Versuchen der Übernahme von (Mehrheits-) Kapitalbeteiligungen und „Arisierungen“, wobei Manager der Gruppe stets bewusst auf Übernahmekandidaten in jüdischem Besitz hinwiesen.¹⁸

Im Oktober 1940 fuhren Günther und Herbert Quandt sowie Pavel auf eine zehntägige Erkundungsreise in das besetzte Gebiet. Ziel war die Inspektion der französischen Akkumulatorenproduktion.¹⁹ Von der Pertrix wurde im Juli 1941 für 66 000 RM Gelände und Gebäude der 1912 gegründeten Blechemballagenfabrik Hirschfeld Frères übernommen, bereits im März 1941 hatte Johann Sindel (Leiter der Taschenlampenhülsenproduktion bei Pertrix seit 1937) den Betrieb vom kommissarischen Verwalter übernommen. Das Unternehmen der Hirschfelds wurde erst übernommen, als es sich bereits in der Verfügungsmasse der Reiches befand. Herbert verhandelte zusammen mit Pavel mit der Zivilverwaltung im Elsass, das Werk sollte später aus steuerrechtlichen Gründen von der AFA verwaltet werden.

Zusätzlich zu dieser Straßburger Erwerbung war Herbert Quandt maßgeblich an der „Arisierung“ der Blechemballagenfabrik Dreyfus & Co. in der Nähe von Paris beteiligt, die in Montreuil und Bagnolet vor dem Krieg in zwei Werken 5-600 Arbeiter beschäftigte hatte. Das Unternehmen galt als „vorwiegend jüdisch“ und wurde von den französischen Behörden mit einem Treuhänder (Georges Morgain) besetzt. Die AFA bzw. Herbert Quandt, der auch die Aufsicht über das Straßburger Pertrix-Werk hatte, plante die Übernahme der Zweidrittelmehrheit. Anfang 1943 kam es zur Übernahme dieser Mehrheit des Nominalkapitals von 3,2 Mill FF für die Summe von 2,3 Mill. FF (Umtauschkurs 1 RM=20 FF).

Nach der Besetzung Frankreichs kam es zum Versuch der Übernahme der Luxemburger Batteriefirma im Besitz der Erben des Henri Tudor, dessen Erfindungen die Grundlage zur Gründung der AFA waren. Die Firma wurde geleitet von Leon Laval, der einer Beteiligung Günther Quandts nicht abgeneigt war. Da Quandt auf dem Kauf einer Aktienmehrheit bestand und Laval dies ablehnte, nutzte Quandt schließlich die Verhaftung Lavals durch die Gestapo, um Druck auszuüben. Seine Bemühungen bleiben letztlich ohne Erfolg, zeigen aber, dass Günther Quandt und die AFA-Führung den Übernahmedruck über Jahre (bis 1943) aufrechterhalten konnten und auch nicht davor zurückschreckten, das Leben eines gegnerischen Unternehmers aufs Spiel zu setzen.²⁰ Ebenso bemühte sich Quandt um die Übernahme eines belgischen Chemieunternehmens, das einmal zur AFA gehört hatte. Seine Versuche, einen großen Teil der Firmenaktien von dem vermeintlich jüdischen Baron Cassel zu arisieren, scheiterten ebenfalls.²¹

Die „Arisierungen“ seitens der AFA in Frankreich betrafen kleine Unternehmen. Für andere westliche Länder strebte sie dies ebenfalls an, mögliche Versuche sind nicht dokumentiert. An Übernahmeversuchen von Batterieproduzenten in Dänemark war Herbert Quandt ebenfalls

¹⁸ Ebd., S. 846.

¹⁹ Ebd. S. 490.

²⁰ Scholtyseck (2011), S. 846.

²¹ Rüdiger Jungbluth: Die Quandts, Frankfurt a.M. 2002, S. 182 f.

beteiligt: Die mit der AFA verbundene Aktieselskabet Accumulator-Fabriken in Lyngby bei Kopenhagen war der eine, der andere Übernahmekandidat war die Trockenbatteriefirma Hellesens Enke & V. Ludvigsen A/S in Kopenhagen. Im Herbst 1942 und im Frühjahr 1943 besuchte er im Auftrag der Pertrix letztere Firma. Bei beiden Übernahmeversuchen setzten die Quandts auf Schützenhilfe der Reichsbehörden, die allerdings Eingriffe zum Aktienerwerb in Dänemark vermieden. Daran sollten diese Pläne letztendlich scheitern, was den Stellenwert von Repression bei den Übernahmegeschäften unterstreicht. Zweifel an der Berechtigung der „Arisierungen“ oder moralischen Bedenken lassen sich bei Günther und Herbert Quandt und ihrem Führungspersonal nicht erkennen, sie nutzten für ihre Expansionsbemühungen ausdrücklich die rassistische NS-Ideologie.²²

Die DWM baute auf Initiative der Rüstungsbehörden in Posen seit Herbst 1939 einen der größten Waffen- und Munitionsbetriebe des Deutschen Reiches auf, der bis 1944 höchste Prioritätsstufe hatte.²³ Ab dem 10. September übernahm die Wehrmacht mit der „Wehrwirtschaftsstelle z.b.V. Posen“ und der Rüstungsinspektion Posen kommissarisch die Fabriken H. Cegielski AG. Am 30. September besichtigten Vertreter der DWM die Cegielski-Werke. Im Oktober wurde das Werk mit den aus dem aufgelösten Karlsruher Werk stammenden Maschinen ausgerüstet, am 1. November übernahm die DWM die Treuhandverwaltung der Cegielski-Werke. Im Juni 1940 kam es zum Kaufvertrag zwischen dem kommissarischen Leiter und der DWM (10,8 Mill. RM)²⁴

Die in Zagreb ansässige Akkumulatorenfabrik Munja (Blitz) übernahm bereits seit 1921 die Versorgung des jugoslawischen Marktes im Auftrag der AFA Wien. Vor dem Krieg war die Munja Hauptvertreter für die Produkte der AFA, Varta, DEAC und Tudor und lag nach dem Balkanfeldzug im deutschen Einflussgebiet.²⁵ Die Hauptversammlung der Munja wählte 1941 eine neue Direktion, zu der nun auch Herbert Quandt gehörte. Von der Trockenbatteriefirma „Tvonica Kontakt d.d.“ erwarb die AFA 48% Anteile im August 1942. Nach der Gründung des Unabhängigen Staates Kroatien war die Firma als jüdischer Besitz klassifiziert und ein Verwaltungskommissar eingesetzt worden. Die „Arisierung“ verlief wiederum erfolgreich für die AFA und war im Dezember 1942 mit der Zahlung des AFA-Kapitalanteils abgeschlossen. Vizepräsident des Unternehmens wurde Herbert Quandt.²⁶

5) Zwangsarbeit ←

In allen namhaften Firmen der Quandt-Gruppe wurde während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeiter beschäftigt. Nachdem die nach dem Prinzip der Freiwilligkeit laufende Anwerbung im Ausland bzw. den besetzten Gebieten stockte, griff man ab 1941 verstärkt auf Kriegsgefangene zurück. Ein sich etablierendes Zwangssystem im Rahmen staatlicher Anordnungen und die Umstände des Krieges erleichterten dabei die Wahrnehmungen des „Systems Zwangsarbeit“ als

²² Scholtyseck, S. 529-535.

²³ Ebd. S. 570.

²⁴ Ebd., S. 574 ff.

²⁵ Mit Unterstützung der Achsenmächte hatte die Ustaša unter Ante Pavelić bereits am 10. April 1941 den Unabhängigen Staat Kroatien (NDH) ausgerufen.

²⁶ Scholtyseck (2011), S. 605 ff.

Notwendigkeit. Für die Unternehmer war die Zwangsarbeit die „Eintrittskarte in die Kriegswirtschaft“.²⁷

Mit dem SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (seit März 1942) nahm Himmler Einfluss auf den Arbeitseinsatz von Häftlingen in der Wirtschaft. Die SS versuchte dabei, Firmen zum Bau von Werken in unmittelbarer Nähe zu den Konzentrationslagern zu bewegen, während der Rüstungsminister Speer die Häftlingen eher in bestehende Betriebe eingliedern wollte. Seit 1942/43 wurden KZ-Häftlinge zur Arbeit abkommandiert, den Anfang machten Verträge der IG Farben mit Auschwitz, der Firma Heinkel mit Oranienburg und von Siemens mit dem KZ Ravensbrück. Das Rüstungsministerium entschied dabei über die Eignung der Betriebe. Ab 1943 wurde von der SS ein weitverzweigtes Netz von KZ-Außenlagern für die Wirtschaft eingerichtet.²⁸

AFA Hannover -Stöcken ←

Der Neubau des Akkumulatorenwerkes in Hannover-Stöcken erfolgte 1938 auf einem 850 000 m² großem Grundstück (gekauft 1936). Geplant war für Stöcken die Produktion von Starterbatterien.²⁹ Kurz vor Kriegsbeginn taucht im August 1939 das Werk als von militärischen Dienststellen betreuter kriegswirtschaftlich wichtiger hannoverscher Betrieb auf und erhielt als zukünftiger Produzent für den U-Boot-Bau erhöhte Priorität. 1940 wurde es in die „Bauvorhaben“ der Marine eingeordnet und nahm im November 1940 die Produktion auf. Der Arbeitskräftemangel kennzeichnete die ersten beiden Kriegsjahre, trotzdem war das AFA-Werk Stöcken zu Jahresbeginn 1943 mit 3400 Beschäftigten der drittgrößte Betrieb in Hannover.³⁰ Im Zuge des Konzeptes der verschärften Seekriegsführung gegen alliierte Versorgungs- und Nachschubkonvois stiegen die Zahlen des U-Boot-Bauprogramms um 25%. Die Schwierigkeit war der Arbeitskräftemangel, dies sollte durch den Einsatz von Häftlingen aus Konzentrationslagern aufgefangen werden. 1944 auf dem Höhepunkt kriegswirtschaftlicher Entwicklung betrug die Gesamtzahl der Arbeiter in Stöcken 6500, davon waren 1500 KZ-Häftlinge (darunter 300-400 Deutsche) und 3700 Zwangsarbeiter.³¹

1941 versuchte die SS die Firmenleitung von der Notwendigkeit eines Einsatzes von KZ-Häftlingen zu überzeugen. Diese lehnte wegen der noch kaum gespannten Lage der Zahl zur Verfügung stehender Arbeitskräfte sowie den Anforderungen der SS für Unterbringung und Einsatz der Häftlinge zunächst ab. Nach einem erneuten Vorstoß des Marineoberkommandos kam es zu einer Geländebesichtigung und am 10. März 1943 einigte man sich über den Einsatz von 500 Häftlingen im Werk in Hannover.³² Als Anreiz wurde betonte, dass die AFA für die Häftlinge sechs RM pro Schicht an die SS zahlen müsse, der übliche Betrag für die „Vermietung von KZ-Häftlingen durch die SS- Lagerverwaltung.“³³ Die SS verzichtete dabei zum erstem Mal auf eine strikte Trennung der

²⁷ Ebd., S. 630 ff.

²⁸ Ebd., S. 637

²⁹ Hans Hermann Schröder: Das erste Konzentrationslager in Hannover: Das Lager der Akkumulatorenfabrik in Stöcken, in: Rainer Fröbe, Christoph Gutmann et al.: Konzentrationslager in Hannover. KZ-Arbeit und Rüstungsindustrie in der Spätphase des Zweiten Weltkrieges, Hildesheim 1985, S. 44-130, S. 49.

³⁰ Ebd., S. 49.

³¹ Ebd. S. 51, Scholtyseck (2011), S. 642.

³² Ebd., S. 55. Die Vereinbarungen wurden einen Tag später vom Reichsführer SS und dem SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt bestätigt.

³³ Scholtyseck (2011), S. 639

Häftlinge von deutschen Arbeitern.

Ab Juli 1943 aber wurde auf dem Gelände des AFA Werkes ein Außenlager des Kzs Neuengamme errichtet, die organisatorische Leitung des Lagerbaus lag bei der AFA. Die Baracken wurden von 51 Serben, Polen und Deutschen aus dem KZ Neuengamme unter Leitung eines SS-Oberscharführers gebaut.³⁴ 22 SS-Männer wurden zur Bewachung abgestellt. Letztendlich sollte Unterkunft für 1000 Häftlinge geschaffen werden. Ein Aktenvermerk der Rüstungsinspektion verweist auf die im Protokoll festgehaltene Schätzung der AFA, die „mit einer durchschnittlichen monatlichen Fluktuation von 80 A.K.“ rechnete.³⁵

AFA in Hagen ←

In Hagen setzte die AFA keine KZ-Häftlinge ein. Das zuständige Rüstungskommando Dortmund bemängelte im August 1940 noch die mangelnde Bereitschaft der AFA, für die Unterkunft Auswärtiger zu sorgen. Ab Herbst 1941 konnte der Bedarf an Arbeitskräften von den Arbeitsämtern nicht mehr befriedigt werden. Anfang 1941 erreichten die ersten 342 französischen Kriegsgefangenen Hagen, der Einsatz von „Ostarbeitern“ begann Ende 1941. Im März arbeiteten 455 „Ostarbeiter“, 263 Italiener, 176 Polen, 320 Franzosen und 402 französische Kriegsgefangene im AFA Werk in Hagen.³⁶

Die werkseigene Aufstellung der Personalabteilung vom 7. April 1943 zählt 475 französische Kriegsgefangene, 455 „Ostarbeiter“, 320 Franzosen, 176 Polen, 25 Ukrainer, 23 Belgier, 22 Holländer sowie je einen Rumänen, Serben und Griechen.³⁷ Nach Bombenangriffen im Oktober 1943 und Dezember 1944 wurden auf Beschluss der AFA und der Militärbehörden große Teile der Fertigung nach Hannover und Posen verlagert.³⁸

AFA und Pertrix in Berlin ←

Die Quandt schen Unternehmen in Berlin, wo sich etwa 1000 Lager für Zwangsarbeiter befanden, konzentrierten sich auf den Industriebezirk Treptow (mit mehr als 100 Lagern) sowie Schöneweide (mit 20 Lagern). Die AFA forderte seit Anfang 1941 regelmäßig Kriegsgefangene aus den Stammlagern an. Im Herbst 1941 ordnete die Unternehmensführung den Bau von Baracken für 300 Personen an, im Frühjahr 1942 wurden zusätzlich zwei Baracken fertiggestellt, sodass auf dem Werksgelände in der Wilhelminenhofstraße 68/69 fünf Kriegsgefangenenbaracken standen. Im Februar 1942 wurden 204 Kriegsgefangene von der Großküche versorgt, im Februar 1943 bat die AFA um Genehmigung für drei weitere Baracken. Unabhängig davon stieg die Zahl der „Ostarbeiter“ bis auf 500 im August 1943.

³⁴ Jungbluth (2002), S. 190

³⁵ Scholtyseck (2011), S. 641. Diese Stelle ist mehrfach in der Literatur sowie in der NDR-Dokumentation „Das Schweigen der Quandts“ erwähnt. Scholtyseck weist zu Recht auf die Problematik hin, aus dieser Äußerung eine Art „Vernichtungswillen“ zu destillieren. Die AFA besaß zu dieser Zeit noch keine Erfahrungen mit dem Einsatz von KZ-Häftlingen. Die Sterblichkeit im Lager Stöcken sollte bis September 1944 mit 0,6% unterdurchschnittlich bleiben.

³⁶ Ebd., S. 643 f.

³⁷ Jungbluth (2002), S. 173.

³⁸ Ebd., S. 175.

Ab 1940 wurden in Berlin verstärkt Juden zur Arbeit verpflichtet. Im Oktober 1940 wurden der AFA 50 Juden vom Arbeitsamt zugeteilt. Diese mussten separat untergebracht werden, für die Bewachung wurde der Werksschutz im Frühjahr 1941 verstärkt. Ab November 1942 wurden per „Führererlass“ alle Juden „evakuiert“, von den 60 Juden auf den Listen von 1942 erschien keiner mehr auf den Werks-Listen von 1943.³⁹

Die AFA-Tochter Pertrix gehörte der „Arbeitsgemeinschaft Rudow“ an, deren Firmen ab Dezember 1943 ein Lager für Kriegsgefangene errichteten und unterhielten. Die Pertrix nutzte ebenfalls seit Juni 1944 in Niederschöneweide eines von mehr als 30 Berliner Außenlagern des KZs Sachsenhausen. Das Lager wurde zunächst provisorisch in der Nähe der Pertrix untergebracht, nach einem Luftangriff im Februar 1945 wurden die über 490 meist weiblichen Gefangenen auf benachbarte Lager verteilt. Von den Häftlingen arbeiteten 200 Frauen für die Pertrix. In den letzten Kriegsmonaten sollte die Produktion der Pertrix und der AFA-Flugzeugbatterien von Berlin aus nach Osten verlagert werden. Dabei plante die Direktion, also auch der Pertrix-Direktor Herbert Quandt, die Mitnahme der KZ-Häftlinge nach Grünberg (Zielona Góra) und Sagan (Zagan). Im Dezember 1944 erfolgte die erste Besprechung mit SS-Hauptsturmführer Schulz vom KZ Groß-Rosen über das geplante KZ-Barackenlager in Sagan. Im Dezember informierten sich Herbert Quandt und Horst Pavel persönlich über die Bauarbeiten und besichtigten zwei Baracken. Bis Mitte Januar wurden insgesamt 40 Waggons mit Einrichtungen und Maschinen aus Berlin dorthin verlagert. Nach den Planungen hätten im Mai 1945 die ersten KZ-Häftlinge aus Groß-Rosen angefordert werden können.⁴⁰

Der Verlagerungsbetrieb in Wien setzte als drittes Werk der AFA, neben Berlin und Hannover, ebenfalls KZ-Häftlinge in der Produktion ein. Dort arbeiteten KZ-Häftlinge aus Mauthausen. Nach einem Luftangriff im Juni 1944 wurden die für die AFA arbeitenden Häftlinge auf dem Werksgelände in Floridsdorf untergebracht. Das Außenlager Floridsdorf verzeichnete im Frühjahr 1945 ungefähr 2700 Häftlinge, davon waren 400 bei der AFA beschäftigt.⁴¹

DWM-Rüstungsbetriebe ←

Auch die DWM und ihre Tochterunternehmen arbeiteten mit Zwangsarbeitern. Nach der Verlagerung des Stammwerkes Karlsruhe und seiner Dependance in Grötzingen nach Lübeck, Berlin und Posen 1939 wurden allein nach dort 1200 „Dienstverpflichtete“ abgegeben. In den sechs Karlsruher Betrieben konnten nach Anlauf der Kriegsproduktion nur langsam ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden. Ab Ende Oktober 1941 waren dort 108 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Im Februar 1942 kamen sowjetische Kriegsgefangene hinzu. Im September 1943 waren bereits 1113 männliche und 1405 weibliche Arbeitskräfte sowie 236 Kriegsgefangene eingesetzt. Im Juli 1944 hatten die Betriebe mit 3038 Zwangsarbeitern eine überdurchschnittliche Quote von 41,6 % erreicht. Der Frauenanteil wuchs auf mehr als 2000 im April 1944 an.

³⁹ Scholtyseck (2011), S. 645 ff.

⁴⁰ Ebd., S. 647 ff.

⁴¹ Ebd., S. 649 f.

Die Unterbringung und Versorgung wurde zusammen mit anderen Firmen ab Januar 1942 in der „Arbeitsgemeinschaft der Betriebe zur Unterbringung und Versorgung von ausländischen Arbeitskräften“ organisiert. Das größte Barackenlager entstand in der Hardeckstraße, wo 1047 polnische und sowjetische Zwangsarbeiter untergebracht waren.

Die Mauser-Werke bei der DWM in Karlsruhe arbeiteten im Sommer 1944 mit 800 Zwangsarbeitern, die Quote von 59% war die höchste der Region. Die Zahlen für Berlin sind unklarer, was daran liegt, dass sich die Produktionsstätten der Mauser-Werke und der Dürener Metallwerke auf dem dortigen Gelände der DWM-Werke befanden. Dort wurden bereits vor der Kennzeichnungspflicht (1. September 1941) Juden in der Produktion eingesetzt. Der DWM waren drei Lager zugewiesen, davon zwei auf dem Werksgelände, die für knapp über 1000 Personen geplant waren. Das dritte war das sog. „Luna-Lager“, das im Oktober 1942 mit 777 osteuropäischen Zwangsarbeitern belegt war (1260 für 1943).

Die DWM-Töchter Mauser-Werke und Dürener Metallwerk in Berlin organisierten ihre Zwangsarbeit separat. 1942 waren im Lager am Eichborndamm 800 Zwangsarbeiter der Mauser-Werke untergebracht. Von den 8000 Beschäftigten der Berliner Betriebe des Dürener Metallwerkes waren 2766 Zwangsarbeiter, davon ein Viertel Frauen. Ebenso kamen für die DWM Zwangsarbeiter am Standort Lübeck zum Einsatz. Die DWM-Tochter Mauser-Werke beschäftigte in ihrem Stammwerk in Oberndorf 5000 Zwangsarbeiter (bei einer Belegschaft von 12 000), für ihren Verlagerungsbetrieb in Spaichingen wurden im September 1944 in das errichtete Außenlager 400 Häftlinge des KZ Natzweiler-Struthof abkommandiert. Auch die Dürener Metallwerke beschäftigten in ihrem Stammwerk in Düren ab Oktober 1940 Zwangsarbeiter (Ende 1942 ungefähr 250)⁴²

Eroberte Gebiete ←

Das DWM-Zweigwerk in Holleischen (heute Holýšov in Tschechien) arbeitete seit 1940 mit polnischen, ab 1941 auch mit sowjetischen Zwangsarbeitern. 1941 wurde zudem ein Arbeitslager für tschechische Arbeiter errichtet. Ab Ende Juni 1941 waren jeweils 300 französische Zwangs- und Zivilarbeiter in weiteren vier Lagern untergebracht. Für 1944 sind auch KZ-Häftlinge nachgewiesen. Im Reichsgau „Sudetenland“ und im „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ existierten keine eigenständigen Konzentrations-Hauptlager. Die 32 Außenlager waren mehrheitlich dem KZ Flossenbürg zugeordnet. Das Außenlager KZ Holleischen wurde wahrscheinlich in Juni 1944 zwischen den Werke I und II der DWM errichtet. Bereits im April 1944 sind 195 weibliche Häftlinge nachgewiesen, im selben Jahr 192 Häftlinge in einem Männerlager. Holleischen wurde bei Kriegsende zum Auffanglager für aufgelöste KZ-Außenlager. Der letzte bekannte Stand vom 13. April 1945 verzeichnet 1091 weibliche Häftlinge.

Das DWM-Werk in Posen lag im „Warthegau“, der für die Besiedlung mit sog. „Volksdeutschen“ vorgesehen war. Juden und Polen, soweit sie nicht für die Besatzer arbeiteten, sollten ins „Generalgouvernement“ abgedrängt werden. Der „Generalplan Ost“ führte 1943 die Arbeitspflicht

⁴² Ebd., S. 650-657.

im besetzten Polen ein und ließ die Zahl der so Beschäftigten bis Mitte 1944 auf 6 Mill. steigen.⁴³

Die Rüstungsinspektion Posen anerkannte den großen Arbeitskräftebedarf der DWM indem sie festlegte, dass alle polnischen Metallarbeiter zunächst der DWM zuzuweisen seien. Die Zahlen der Beschäftigten variieren. Bei Kriegsende sollen 25 000 Arbeiter, davon 40% Frauen, bei der DWM in Posen beschäftigt gewesen sein. Das entspricht 96% der Belegschaft.⁴⁴

Zusammenfassung Zwangsarbeit ←

AFA und DWM griffen auf sämtliche Formen der Zwangsarbeit zurück, nach Schätzungen waren 50 000 Zwangsarbeiter in den verschiedenen Firmen der Gruppe beschäftigt (ohne den Wintershall-Konzern).⁴⁵ Die AFA Hagen hielt sich zunächst gegenüber dem Zwangsarbeitereinsatz, die AFA Hannover gegenüber dem Einsatz von KZ-Häftlingen zurück. Das Werk in Oberschöneweide warb aktiv um Zwangsarbeiter. Schließlich beschäftigte das neue Werk in Hannover 1500 KZ-Häftlingen und 3700 Zwangsarbeiter. Die DWM bemühten sich in den Stammwerken Karlsruhe und Düren von Beginn an um die Zuweisung von Zwangsarbeitern. Die DWM Posen sticht mit dem größten Anteil polnischer Arbeiter hervor.⁴⁶

„Wenn Unternehmen privatwirtschaftlich ausgerichtet sind und der ordnungspolitische Rahmen, innerhalb dessen sie operieren, dem Konkurrenzprinzip verhaftet ist, dann werden sie tendenziell an Verbrechen partizipieren, solange der Staat ihnen den entsprechenden legalen Rahmen garantiert“.⁴⁷ Unter den Bedingungen des NS-Staates entstand ein in seiner konkreten Ausformung oft barbarischer „Arbeitskräfteopportunismus“, der mit einer bereitwilligen Kooperation seitens der Unternehmer einherging. Organisationsformen sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Werken der Quandt-Gruppe wurden zwar auch durch lokale Bedingungen geprägt, ein Einfluss der Führungsebene konnte allerdings viele Faktoren beeinflussen.

Bei der Untersuchung der Vorgänge im KZ-Außenlager der AFA in Hannover-Stöcken wurde nach dem Krieg von der britischen War Crimes Investigation Group allein die SS für den Lagerbetrieb verantwortlich gemacht. Dies spielte vor allem in den Prozessen um die Verbrechen des Evakuierungsmarschs der KZ-Häftlinge nach Gardelegen und dem dortigen Massaker eine Rolle.⁴⁸ Die Briten untersuchten lediglich die Schuld einzelner Werksangehöriger, Körperverletzungen und Misshandlungen wurden keiner Person aus der Werksleitung zum Vorwurf gemacht. Für Hannover konstatierten die Briten eine hierarchisch nach unten immer konkreter werdenden Verantwortung.

Dies konnte auch anders geregelt sein. Bei der DWM-Tochter MfM in Lübeck war die Regelung der Zwangsarbeit Angelegenheit des „Betriebsführers“ Humboldt. Neben einer eher abstrakten Gesamtverantwortung befasste er sich mit Details der Zwangsarbeit wie Bewachung und

⁴³ Ebd., S. 657 f.

⁴⁴ Ebd. S. 658 ff.

⁴⁵ Ebd., S. 845.

⁴⁶ Ebd., S. 663

⁴⁷ Mark Spoerer: Die Automobilindustrie im Dritten Reich: Wachstum um jeden Preis?, in: Lothar Gall und Manfred Pohl (Hrg.): Unternehmen im Nationalsozialismus, München 1998, S. 61-68, S. 68

⁴⁸ Scholtyseck (2011), S. 702.

Kontrolle.⁴⁹

Im Berliner Werk stand die Betriebsleitung hinter dem Bau der Baracken, der Entlohnung und der Versorgung der Häftlinge und Zwangsarbeiter. Dies gilt auch für Posen und den dortigen Betriebsdirektor Schneider.

Die Verantwortung in der AFA und der DWM wurde zwar möglichst nach unten weitergereicht, letztlich lag die Verantwortung über die Behandlung der Zwangsarbeiter klarerweise in der Unternehmensspitze. Sie hatte die Aufsicht über die Betriebsführung und war durch Berichte und persönliche Inspektionen über die Lebensverhältnisse der Zwangsarbeiter informiert. Günther Quandt argumentierte in Verhandlungen mit der Deutschen Bank 1942 für günstigere Zinssätze mit dem Hinweis auf die Risiken fachlich ungeschulter Arbeitskräfte, wie Kriegsgefangener und Dienstverpflichteter. Nach dem Krieg bestritt er jegliche Verantwortung, z.B. für die Zwangsarbeit von Juden in den Berliner Akkumulatorenbetrieben, und bestand auf seinem Nichtwissen um das KZ-Außenlager der Berliner Pertrix.⁵⁰

6) Kriegsende ←

Bereits 1943 wurde in Berlin mit einer unauffälligen Verlegung der AFA-Führungsebene in das Werk Hannover begonnen. Im Herbst 1944 wurden konkrete Vorbereitungen zur Verlegung der wichtigsten Abteilungen der Zentralverwaltung nach Bissendorf bei Hannover und nach Gräfenroda in Thüringen zu verlegen. Nach der Zerstörung der Berliner Zentralverwaltung übersiedelten Anfang April Pavel und Herbert Quandt für den „Neuanfang“ nach Bissendorf. Am 20. April 1945 wurde das Werk in Stöcken von den Alliierten besetzt. Nach Verhandlungen von Herbert Quandt und Horst Pavel mit britischen und amerikanischen Wirtschaftsstellen um die Wiedererlangung der Firmenrechte der AFA, begann unter britischer Besatzungsherrschaft bzw. in ihrem Interesse dort die Produktion von Starterbatterien bereits am 1. Juli 1945. Ab Sommer 1946 wurden neben den Briten auch die anderen westlichen Alliierten aus Hannover und Hagen mit Starterbatterien beliefert.⁵¹ Die Lagerbaracken des KZ-Außenlagers Stöcken auf dem Betriebsgelände wurde in den ersten Nachkriegsjahren als provisorische Unterkünfte für Flüchtlinge aus dem Osten genutzt. Sie wurden 1955 abgerissen.⁵²

7) Herbert Quandts Anteil an NS-Wirtschaftsverbrechen, Mitgliedschaft in NS-Organisationen ←

Herbert Quandt erschien im April 1947 auf einer Liste der luxemburgischen Behörden über „Personnes à arrêter“ wegen seiner Verwicklung in die versuchte Übernahme der Tudor und in die Verhaftung Lavals.⁵³ Er stand im Spruchkammerverfahren in Tutzing ab dem 13. April 1948 (bis Juli) an der Seite seines Vaters, bei dem Laval als Nebenkläger auftrat.⁵⁴

⁴⁹ Ebd., S. 703.

⁵⁰ Ebd., S. 704.

⁵¹ Ebd., S. 789.

⁵² Schröder (1985), S. 51.

⁵³ Scholtyseck (2011), S. 740.

⁵⁴ Ebd., S. 743.

Herbert Quandt übernahm spätestens seit Kriegsausbruch Verantwortung und Führungsaufgaben in der Quandt-Unternehmensgruppe. Personalverantwortlich war er bei der Pertrix, dies galt insbesondere für deren Einsatz von ausländischen Zivilarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Über seine Leitungstätigkeit im Vorstand und Aufsichtsrat der AFA trug er Mitverantwortung für den Einsatz von KZ-Häftlingen in Hannover, Wien und Berlin. Hinzu kam seine Mitarbeit in den AFA Tochtergesellschaften in Prag und Stockholm. Des Weiteren nahm er an verschiedenen, von seinem Vater initiierten Gremiensitzungen teil. Ab 1944 war er verantwortlich für die Gesamtleitung der AFA Oberschöneweide. Hier waren nicht nur ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene beschäftigt, sondern auch jüdische Zwangsarbeiter und weibliche KZ-Häftlinge. Für die Lageraufsicht war zwar die SS zuständig, als Direktor der Pertrix trug er jedoch die Verantwortung für den Einsatz und die Arbeitsbedingungen im Werk und in den Verlagerungsbetrieben der AFA. Zudem übernahm er gegen Kriegsende die Organisation sowie die Bauaufsicht der Verlagerung nach Grünberg und Sagan und war persönlich in die Planung eines KZ-Außenlagers eingebunden. Zudem trug er eine Teilverantwortung als stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der DWM (Der Verlagerungsbetrieb der DWM-Tochter Mauser-Werke in Spaichingen unterhielt ab September 1944 ein Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof.). Auch auf seinem Gut Niewerle arbeitete er mit Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Beide, Günther und Herbert Quandt, schwiegen nach ihrem Entnazifizierungsverfahren beharrlich zum Thema Zwangsarbeit.⁵⁵

Zudem war Herbert Quandt seit Beginn des Krieges auch in die aggressiven Versuche der „Kapitalbeteiligungen“ involviert bzw. darüber informiert. Im Oktober 1940 nahm er an der „Erkundungsfahrt“ nach Frankreich teil und besuchte auch eine Konkurrenzfirma in Dänemark, die dem Quandtschen Druck allerdings standhielt. Auch bewarb sich Herbert Quandt um die 1940 „arisierter“ Sächsische Corsetschonerfabrik Max Frank in Chemnitz.

Herbert Quandt war sich in seiner Rolle zweifellos klar über die Partizipation der Quandt-Gruppe an den Unrechtstaten des Regimes, an denen er über Zwangsarbeit, den Einsatz von KZ-Häftlingen und „Arisierungen“ unmittelbaren Anteil hatte und mit seinem Aufstieg in der Hierarchie auch seinen Teil der Verantwortung trug. Seine Mitgliedschaft in verschiedenen NS-Organisationen lässt ebenso keine „Systemferne“ erkennen, daraus spricht eher ein gewisser Opportunismus, der die Zusammenarbeit mit dem „System“ erleichterte:

1) Fördermitgliedschaft in der SS von 1935 bis 1943⁵⁶

Bis 1933 bildeten die freiwilligen Beiträge der fördernden Mitglieder den wichtigsten Posten im Haushalt der (Allgemeinen) SS, ab 1934 waren diese zwar weiterhin ein wichtiger Teil der Finanzierung, die Zuschüsse der NSDAP traten aber an die erste Stelle. Die Unterstützung galt der politischen Tätigkeit der (Allgemeinen) SS, nicht der Unterstützung der staatlich finanzierten Verfügungstruppe und den Totenkopfverbände. Der Mitgliederpflege diente ab 1. April 1934 die Monatszeitschrift „F.M. Zeitschrift“. Die Fördermitglieder verpflichteten sich, einen monatlichen,

⁵⁵ Ebd., S. 705.

⁵⁶ Ebd., S. 766. Fragebogen Herbert Werner Quandt vom 25. Februar 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, Nr. 6500. Herbert Quandt gab nach dem Krieg (25. Februar und 10. Juli 1946) gegenüber dem Denazification Panel Celle an, dass er von einem Bekannten gebeten worden sei, diesem „Verein“ beizutreten. Er habe monatliche drei RM als Mitgliedsbeitrag bezahlt und neue Mitglieder geworben.

nach ihrem Ermessen festgelegten Beitrag zu leisten. Bis 1933 betrug dieser durchschnittlich 2 RM, danach weniger.

Die Fördermitgliedschaft bot eine probate Möglichkeit, sich weiterem Engagement in der NSDAP oder ihren Gliederungen zu entziehen. In der Zeit der Mitgliedersperre der NSDAP vom 1. Mai 1933 bis 1. Mai 1939 konnte man allerdings damit auch eine Loyalitätshaltung zum Ausdruck bringen. Über die politische Bedeutung der fördernden Mitgliedschaft heißt es in einer Denkschrift der Militärregierung für Bayern: „Fördernde Mitgliedschaft in der SS oder im NSFK war noch nicht ausreichend zur Anerkennung der politischen Zuverlässigkeit. Der Hauptgrund (...) dürfte in der Zeitersparnis zu suchen sein, die sich durch fördernde Mitgliedschaft gegenüber aktiver Mitgliedschaft ergab“. Nach dem 3. Juni 1934 durften nach dem Gesetz über das Verbot von öffentlichen Sammlungen keine neuen Fördermitglieder gewonnen werden. Ab September 1939 beendet der Reichsschatzmeister die weitere Arbeit der F.M.-Organisationen.⁵⁷

2) Fördermitgliedschaft beim NSKK von 1938 bis 1943

Das nationalsozialistische Kraftfahrkorps war vom April 1931 bis Ende Juni 1934 eine Sondereinheit der SA. Sie wurde in den Status einer Gliederung der NSDAP überführt und am 23. August 1934 mit der Motor-SA vereinigt. Die Ziele des NSKK waren wehrpolitisch, seine Aufgaben waren u.a. die „motorische Ertüchtigung der Jugend“ und die Kraftfahrausbildung für das Heer in 21 Motorsportschulen. Das NSKK wurde u.a. bei der Organisation Todt sowie für Transporte für Heer und Luftwaffe eingesetzt.⁵⁸

3) NS-Volkswohlfahrt ab 1935

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) wurde im April 1932 gegründet, ihre Wurzeln liegen in den nationalsozialistischen Selbsthilfegruppen in einigen Großstädten der Weimarer Republik. Sie war keine Gliederung der NSDAP, sondern gehörte ab 1933 zu den angeschlossenen Verbänden. Hitler erkannte sie am 3. Mai 1933 als Organisation innerhalb der Partei für das Reich an. Nach der Gleichschaltung und dem Verbot der Arbeiterwohlfahrt drängte sie ehemals führende Verbände wie das Rote Kreuz oder die katholische Caritas zurück. Ihre Schwerpunkte lagen u.a. auf dem Winterhilfswerk und dem Hilfswerk „Mutter und Kind“. Bei Beginn des Krieges hatte sie 11 Mill. Mitglieder und übernahm zunehmend staatliche Aufgaben (Kinder- und Jugendarbeit, ab 1940 die Kinderlandverschickung).⁵⁹

4) DAF ab 1937

Die Deutsche Arbeitsfront wurde am 10. Mai 1933 gegründet und hatte den Status eines an die NSDAP angeschlossenen Verbandes. Sie war 1938 mit 23. Mill. Mitgliedern die größte NS-Massenorganisation. Konzipiert als Einheitsgebilde „aller schaffenden Deutschen“ war die DAF ein vielgliedriges aufgeblähtes Organisationsimperium, geführt durch „Reichsleiter“ Robert Ley. Sie betrachtete zwar ihre Aufgabe im Eindringen in nahezu alle Felder der NS-Wirtschafts- und Sozialpolitik, beschränkte ihre Tätigkeit aber im wesentlichen auf die allgemeine Betreuung und weltanschauliche Schulung ihrer Mitglieder. Zu ihren Wirtschaftsunternehmen gehörten Wohnungs- und Siedlungsbau-Gesellschaften, Versicherungsgesellschaften, das Volkswagenwerk u.a. Mit ihren Ämtern, u.a. dem Amt für Berufserziehung und Betriebsführung, dem Arbeitswissenschaftlichen Institut oder der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ wirkte sie an der Betreuung und Kontrolle der Bevölkerung mit und nahm Einfluss auf Unternehmensleitungen und staatliche Behörden.⁶⁰

⁵⁷ Jan Erik Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung: das Wirtschaftsimperium der SS: Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933-1945, Schöningh, Paderborn 2011, S. 76 f.

Hans Buchheim: Fördernde Mitgliedschaft bei der SS, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrg): Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 350 f.

⁵⁸ Willi Dreßen: Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps, in: Wolfgang Benz et al. (Hrg), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997, S. 609.

⁵⁹ Hans Buchheim: Gliederungen und angeschlossene Verbände der NSDAP, in: Institut für Zeitgeschichte (1958), S. 326 f. Herbert Vorländer: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard am Rhein 1988, S. 14 ff.

⁶⁰ Marie-Luise Recker: Deutsche Arbeitsfront (DAF), in: Wolfgang Benz et al. (Hrsg), Enzyklopädie des

5) Eintritt in die NSDAP 1940

Nach dem 1. Mai 1937 und der Streichung der Mitgliedersperre durfte sich eine genau bezeichnete Personengruppen für den Parteieintritt in die NSDAP bewerben. Erstmals wurde dazu ein zweiseitiger Fragebogen als Anlage zum Aufnahmeantrag eingeführt. Die Antragsteller wurden zunächst *Parteianwärter*. Sie bekamen ihre Parteianwärterkarten von der Gauleitung, also keine roten Mitgliedskarten von der Reichsleitung. Die Mitgliedersperre wurde am 1. Mai 1939 völlig aufgehoben. Parteianwärter durchliefen eine zweijährige Bewährungszeit, die für Parteaufnahmen nach dem 30. Januar 1933 galt. In der Bewährungszeit bekam man eine Mitgliedskarte (noch kein Parteibuch) und durfte noch kein Braunhemd tragen.⁶¹

8) Entnazifizierung und Behandlung der „Sache Quandt“ durch die Alliierten ←

Nach Kriegsende wurde Herbert Quandt in Bissendorf unter englische Bewachung gestellt. Das Denazification Panel Celle stufte ihn am 5. April 1946 in die Kategorie „N“ (tragbar) ein.⁶² Nach Aufhebung dieses Urteils wurde er im Dezember 1946 in die Kategorie „M“ eingereiht. Dadurch wäre seine Entlassung aus dem Aufsichtsratsposten erforderlich gewesen. Herbert Quandt legte im Oktober Einspruch ein und brachte dazu einige Leumundszeugnisse (Alfred Haymann⁶³, Karl Tuch⁶⁴) und positive Beurteilungen (Hans Ulrich Hiller⁶⁵) ein. Die deutsche Entnazifizierungskammer nahm diese Aussagen als Entscheidungsgrundlage und ordnete ihn der Kategorie der „nicht zwangsläufig zu entfernenden Personen“ zu. Er habe sich „niemals aktiv für die Partei eingesetzt, sondern im Gegenteil offene Kritik an den Parteirichtungen“ geübt.⁶⁶ Herbert Quandt bezog sich später stets auf die Einstufung in die Kategorie V, mit der ihn der Entnazifizierungs-Hauptausschuss in Hannover als „entlastet“ bewertet hatte.

Die Britische Militärregierung ordnete allerdings Herbert Quandts Entfernung als „Aufsichtsrat und Manager“ an, die im April 1947 wirksam wurde.⁶⁷ Ein in Berlin gegen ihn eingeleitetes Entnazifizierungsverfahren blieb folgenlos. Nach dem Krieg schwieg Herbert Quandt zum Thema Zwangsarbeit und „Arisierung“ bis zu seinem Tod 1982. Gelegenheit zum Aufgreifen des Themas

Nationalsozialismus, München 1997, S. 418 f.

⁶¹ Hans Buchheim: Mitgliedschaft bei der NSDAP, in: Institut für Zeitgeschichte (1958), S. 316 f.

⁶² Ebd. S. 667. Fragebogen Action Sheet Herbert Werner Quandt vom 8. April 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, Nr. 6500.

⁶³ Alfred Haymann war als „Volljude“ eingestuft. Von der Telefunken in Frankfurt a.M. 1941 entlassen, wurde Haymann bei der AFA in Hannover eingestellt. Trotz aller Protektion wurde er ab 1944 in KZ-Haft genommen. Nach 1945 war er jahrzehntelang in leitender Position für die AFA tätig, seit Ende der 1940er Jahre im Vorstand vertreten. Scholtyseck (2011), S. 319 und 773.

⁶⁴ Karl Tuch war Mitarbeiter der Zentralverwaltung der Pertrix-Werke und wurde gemäß der „Nürnberger Gesetze“ als „Halbjude“ eingestuft, 1940 aus der Wehrmacht entlassen. Herbert Quandt beließ ihn an seinem Arbeitsplatz und unterstützte ihn mehrfach persönlich: Unterstützung für Sondergenehmigung zum Studium an der Wirtschaftshochschule in Berlin, Versetzung in ein auswärtiges Werk im Sommer 1944 (die Gestapo überführte alle „Mischlinge“ in KZs), mit einer weiteren Versetzung im März 1945 vor der Deportation gerettet. (Ebd., S. 319)

⁶⁵ Ebd. S. 882. Dr. Hans Ulrich Hiller war der von den Briten 1946 eingesetzte informelle AFA-Direktor. Dieser war zeitweise von der Gestapo verhaftet gewesen und konnte den Alliierten gegenüber als „nicht vorbelasteter Mann“ präsentiert werden. (Interview Dr. Hiller mit dem Hessischen Wirtschaftsarchiv 17. Juni 1979). Hiller gehörte in den 1930er Jahren zu den leitenden Angestellten der Pertrix-Trockenbatteriefertigung. (Ebd., S. 217) 1944 gehörte Hiller zur Direktion der Pertrix in Berlin, die zusammen mit Herbert Quandt die Verlagerung der Werke nach Schlesien plante. (Ebd., S. 649)

⁶⁶ Ebd. S. 667. Stellungnahme der Deutschen Entnazifizierungskammer vom 3. Oktober 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, Nr. 6500.

⁶⁷ Ebd. S. 768, Fragebogen Action Sheet des Military Government of Germany vom 7. November 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, Nr. 6500.

bot z.B. die Bitte ehemaliger KZ-Häftlinge in Hannover-Stöcken um finanzielle Unterstützung in den 1970er Jahren. Die Quandt-Gruppe, Mitglieder der Familie und und familiennahe Unternehmen haben ab dem Jahre 2000 die Stiftungsinitiative „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zusammen mit ungefähr 6500 deutschen Unternehmen unterstützt.⁶⁸

Federführend bei der Vorbereitung von Prozessen gegen deutsche Industrielle waren die Amerikaner. Seit Mitte Oktober 1945 kam es zu einer Verhaftungswelle von Industriellen und Bankiers durch den amerikanischen Militäргеheimdienst CIC (Counter Intelligence Corps). Die eigentlichen Prozesse gegen Flick, Krupp und IG Farben 1947 enthielten unter den Anklagepunkten auch Zwangsarbeit und Deportation zur Sklavenarbeit (Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit) sowie „Arisierungen“ (Verbrechen gegen die Menschlichkeit). Ein eigentlicher „Industriellenprozess“, bei dem wahrscheinlich auch Günther Quandt und möglicherweise sein Sohn unter denselben Punkten angeklagt worden wäre, kam nicht mehr zustande.⁶⁹

⁶⁸ Ebd. S. 771.

⁶⁹ Ebd., S. 728 f.